

Vollständiges Interview mit Reiner Neumann für den "taz"-Artikel vom 29.9.2015

I. Farbattacken

1. Wann / wie oft / in welchem Zeitraum genau gab es diese Farbattacken auf das RAT&TAT? Was genau ist passiert?

Wir sind in diesem Jahr bereits vier Mal Opfer von Anfeindungen geworden. Anfang des Jahres wurde ein Loch in unsere Schaufensterscheibe geschlagen. In den letzten vier Wochen wurde es dann gehäufte. Erst wurde unsere eine Hauswand mit Farbe beschmiert, dann zwei Wochen später die andere Seite. Es handelte sich um die gleiche Farbe und es war vielleicht kein Zufall, dass die zweite Beschmierung direkt in der Nacht nach einer Facebookäußerung von uns zum Thema kam. Besonders perfide war, dass man uns in der Zeit dazwischen Buttersäure an die Cafétür gegossen hat. Diese lief dann auch ins Gebäude. Gerade an dem folgenden Wochenende war das Straßenfest der Nachbarn, die bei dem schlechten Wetter gerne mit allen Kindern die Räume nutzen. Das war sehr ärgerlich, hat aber die Nachbarschaft noch enger zusammenrücken lassen. Alle haben uns den Rücken gestärkt.

2. Ist davon auszugehen, dass es immer dieselben TäterInnen waren?

Zumindest bei den Farbattacken gehen wir davon aus. Die Farbe war sehr speziell, auch in der Art des Auftrags, das scheint uns kein Zufall zu sein. Ansonsten ist das natürlich reine Spekulation.

3. Gibt es Hinweise, wer es war, oder Bekennerschreiben?

Nein, da haben wir keine Erkenntnisse. Wir haben die Vorfälle nur bei der Polizei anzeigen können.

4. Wie oft bekommt das RAT&TAT sonst Drohungen oder Beleidigungen mit homophobem Hintergrund? Nimmt das zu?

Wir sind es seit mehr als 30 Jahren gewöhnt, dass die Arbeit gegen Homophobie auch Anfeindungen ausgesetzt ist. Drohbriefe, Schmierereien, entsprechende Nachrichten auf dem Anrufbeantworter - so etwas gehört leider auch zum Alltag. Zum Glück sind diese Anfeindungen jedoch weniger geworden. Insbesondere freuen wir uns, dass in den letzten Jahren unsere Cafégäste keiner persönlichen Bedrohung vor der Tür mehr ausgesetzt waren. Da brauchten wir früher häufiger die Hilfe der Polizei. Dass gerade in diesem Jahr wieder solche Attacken im sichtbaren öffentlichen Bereich zugenommen haben, mag an zwei Dingen liegen. Zum einen hatten wir viel Aufmerksamkeit im Rahmen der Erstellung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie, was sicher nicht jedem gepasst hat. Zum anderen haben die homophobe Politik Russlands und die Proteste gegen Bildungspläne manche Menschen in der Auffassung bestärkt, dass Gleichberechtigung auch verweigert werden kann. Wir haben bereits früher, z. B. beim Besuch des russischen Botschafters,

darauf hingewiesen, dass wir einen Zusammenhang sehen zwischen den gewalttätigen Übergriffen im Rahmen von CSDs und der Zurschaustellung von Gewaltvideos im Internet. Russland probiert das Rad zurückzudrehen und ermuntert damit indirekt zu gewalttätigen Übergriffen. An Pegida und Co. sehen wir, dass es auch in Deutschland rückwärts gerichtete Vorurteile wieder auf die Straßen schaffen.

5. Gibt es Fotos (die wir evtl. auch drucken können)?

Ja.

II. Landesaktionsplan Homo-/Trans-/Interphobie

1. Welche Aufgaben resultieren aus dem Landesaktionsplan ganz konkret und praktisch für das RAT&TAT?

Der Landesaktionsplan enthält verschiedene Handlungsfelder zu allen Lebensphasen von der Kindheit bis ins Alter und berücksichtigt auch die Vielfalt der Lebenshintergründe, wie z. B. Migration, Behinderung, Trans* und Intergeschlechtlichkeit. Ganz konkret bedeutet das für das RAT&TAT, dass wir Schulungen für Mitarbeiter_innen von KITAs, Schulen, Altersheimen, Behörden und allgemein Einrichtungen und Institutionen anbieten. Dazu kommen Veranstaltungen, die z. B. Regenbogenfamilien fördern und unterstützen, und natürlich die ganze Beratungstätigkeit und die Arbeit der Selbsthilfegruppen, die bereits geleistet wird.

2. Was müsst Ihr dann also zusätzlich/vermehrt machen, was Ihr bisher (noch) nicht macht?

Insgesamt ist die Nachfrage nach Unterstützung durch das RAT&TAT-Zentrum mit dem Landesaktionsplan stark gestiegen. Wir sehen das z. B. an der Nachfrage nach Veranstaltungen für Schulklassen, die vielen Anfragen von Studenten und auch die Behörden haben ihren Horizont in dieser Hinsicht erweitert und kommen mit ihren Fragen. Es gibt auch lauter neue Kooperationen aus den im Plan vorgesehenen Bereichen, was z. B. im Bereich Sport zu Veranstaltungen mit Werder Bremen geführt hat. Offen bleibt die Frage, wie eigentlich bei den Behörden eine nachhaltige Umsetzung sichergestellt werden soll. Hier bedarf es natürlich auch einer gewissen Kontrolle. Das verfolgen wir auch.

3. In welchem Umfang muss(te) das RAT&TAT dafür personell aufstocken?

Das RAT&TAT-Zentrum hat bereits für die Erstellung des Landesaktionsplans personell aufstocken müssen. Dies liegt zum einen an den benötigten Fachkompetenzen, die in vielen Bereichen auch sehr speziell sein können, ich nenne da nur mal das Stichwort Migration, zum anderen an dem hohen Koordinationsbedarf, der sich ergibt. Konkret haben wir dem erhöhten Personalbedarf bereits jetzt mit zwei Teilzeitstellen für Geschäftsführung und Beratung Rechnung getragen, die wir derzeit nur kreditfinanzieren können. Das ist natürlich nur eine kurzfristige Notfalllösung für dieses Jahr. Die umfangreichen Aufgaben des Aktionsplans benötigen natürlich auch eine personelle Ausstattung, um erfolgreich sein zu können.

4. Welche Forderungen habt Ihr an den rot-grünen Senat? Was muss aus Eurer Sicht passieren, damit dass nicht nur ein schönes Papier bleibt, sondern auch umgesetzt wird?

Grundsätzlich müssen wir sagen, dass die Zusammenarbeit mit den senatorischen Behörden bereits bei der Erstellung des Landesaktionsplans sehr gelungen war. Wir dürfen nicht vergessen, dass auch alle Fraktionen in der Bürgerschaft den Plan mitgetragen haben. Die Gefahr besteht jetzt, dass durch die Neukonstituierung der Regierung zuviel Zeit in der Umsetzung verloren geht und die Energie nicht mitgenommen werden kann. Zusätzlich gehen uns permanent hochqualifizierte Fachkräfte verloren, die an dem Plan mitgearbeitet haben, da es in anderen Bundesländern hohe Etats zur Umsetzung gibt und die Fachleute abgeworben werden. Wir fordern im Prinzip also eigentlich vor allem ein sofortiges Signal, dass mit der Umsetzung auch offiziell begonnen wird und dass es die notwendige finanzielle Ausstattung gibt. Für alles andere wird es eine Bremer Lösung geben, die aus wenig viel macht.

5. Hat sich rot-grün Euch gegenüber zu diesen Fragen irgendwie konkret geäußert?

Bislang haben wir leider noch keine konkreten Aussagen des neuen Senats oder der Bürgerschaft, wie die Umsetzung des Landesaktionsplans genau geplant wird. Die Vorschläge im Aktionsplan sind jedoch sehr konkret und der neue Bürgermeister und die Koalitionserklärung haben bereits deutlich gemacht, dass es Bremen mit der Umsetzung ernst meint. Die Anfragen an das RAT&TAT-Zentrum haben bereits zu allen Punkten des Plans stark zugenommen. Er wird also in Bremen angenommen und die Bürger und Institutionen gehen bereits voraus. Nun brauchen wir auch die personellen und finanziellen Ressourcen, um einer Umsetzung zeitnah nachzukommen.

6. Hegt Ihr die Befürchtung, dass diese Aufgabe nun angesichts drängender erscheinender Probleme rund um die Flüchtlinge "hinten runter fällt"?

Diesen Eindruck könnte man natürlich bekommen, wenn man die Schlagzeilen verfolgt. Wir sehen da allerdings keinen Widerspruch. Es gibt schon seit längerem eine Zunahme von Flüchtlingen, insbesondere aus Afrika und Russland, die auch zu uns kommen, weil ihr Leben aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in ihrer Heimat bedroht ist. Oftmals sind sie auch als Aktivisten in ihrem Land tätig gewesen. Diese Verfolgung ist in Europa als Asylgrund anerkannt. Die hohe Zahl an Flüchtlingen ist natürlich eine große logistische und finanzielle Herausforderung für Bremen, allerdings hat man ja die besondere Situation von Flüchtlingen auch im Landesaktionsplan berücksichtigt und vorgesehen, dass hier mehr getan werden muss. Die steigenden Flüchtlingszahlen haben diesen Bedarf natürlich noch erhöht. Mitgefühl mit Menschen in Notsituationen und der Wunsch nach Gleichberechtigung sind sicherlich keine Forderungen, die gegeneinander ausgespielt werden können.